

702,00-01-2018  
711.00-06/01

19.06.2018

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.1)

Herr Staatsrat Dr. Krupp trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/1403, betreffend

Verordnung zur Änderung ausbildungs- und prüfungsrechtlicher  
Vorschriften in Laufbahnen der Fachrichtungen Allgemeine Dienste,  
Technische Dienste und Justiz,

vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte „Verordnung zur Änderung  
ausbildungs- und prüfungsrechtlicher Vorschriften in Laufbahnen der Fachrichtungen  
Allgemeine Dienste, Technische Dienste und Justiz“.

Gr. Verteiler



Für die Richtigkeit

  
Cornelia Schmidt-Hoffmann

Berichterstattung:  
Bürgermeister Dr. Tschentscher  
Staatsrat Dr. Krupp

TOPI. 1  
VO

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2018/01403  
vom: 28.05.2018

**Verordnung zur Änderung ausbildungs- und prüfungsrechtlicher Vorschriften in Laufbahnen der Fachrichtungen Allgemeine Dienste, Technische Dienste und Justiz**

**A. Zielsetzung**

Mit der Verordnung werden notwendige Anpassungen in den Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften verschiedener Laufbahnfachrichtungen vorgenommen.

**B. Lösung**

Erlass der Rechtsverordnung.

**C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Durch die Änderungen in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Archivdienst und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Technische Dienste Laufbahngruppe 2 Einstiegsamt 2 entstehen keine Mehrausgaben für den Haushalt. Durch die Verlängerung der fachtheoretischen Ausbildung der Gerichtsvollzieher am Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen in Monschau sind Mehrkosten in Höhe von ca. [REDACTED] € pro Gerichtsvollzieherin bzw. Gerichtsvollzieher zu erwarten. Die Hamburgische Justiz bildet zurzeit jährlich weniger als 5 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher aus. Die Mehrkosten werden aus der Produktgruppe 233.01 („Steuerung und Service (JB)“) gedeckt.

**D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Der zusätzliche Aufwand wirkt sich über die Ergebnisrechnung mindernd auf das Eigenkapital der FHH aus.

**E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine.

**F. Auswirkungen auf:**

Familienpolitik

Klimaschutz

Bürokratieabbau

Inklusion

Gleichstellung

**G. Alternativen**

Beibehaltung der bisherigen Rechtslage.

**H. Anlagen**

Verordnungsentwurf.